

## Memorandum

Die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ hat in ihrem Memorandum '83 drei Bestandteile ihrer alternativen wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie dargetan:

- eine Politik des qualitativen Wachstums, vor allem über öffentliche Beschäftigungs- und Investitionsprogramme
- eine Politik spürbarer Arbeitszeitverkürzungen (bei vollem Einkommensausgleich und tarifvertraglicher Festlegung der Arbeitsbedingungen)
- eine Politik der Demokratisierung der Wirtschaft.

Im einzelnen wird folgendes Maßnahmenbündel vorgeschlagen:

- 1) Ein zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen durch Ausdehnung der Vorschrift von § 18 Kündigungsschutzgesetz, so daß die Landesarbeitsämter bei anzeigepflichtigen Massenentlassungen nicht für 2, sondern für 6 bis 12 Monate eine Entlassungssperre verhängen. Während dieser Sperre sollen Kurzarbeit und Berufsbildungsmaßnahmen eingreifen.
  - 2) Ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm von 30 Mrd. DM mit folgenden Bereichen qualitativen Wachstums (Ausgaben für 1983 in Klammern):
    - Förderung und Umsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen sowie zur Anwendung alternativer Energie- und Rohstoffquellen
    - Fernwärmeprogramm von 10 Mrd. DM in den nächsten 5 Jahren zur Mobilisierung eines Investitionsgesamt volumens von 50 Mrd. DM (2 Mrd. DM)
    - Öffentliche Förderung von heizenergieeinsparenden Investitionen zur Wärmedämmung und Nutzung energiesparender Heizungstechniken in privaten Haushalten und der Wirtschaft (0,5 Mrd. DM)
    - Aufstockung des Programms energiesparender Baumaßnahmen in öffentlichen Gebäuden (0,5 Mrd. DM)
    - Erhöhung der Ausgaben für die Erforschung von sparsamer Energieverwendung und alternativer Energieversorgung sowie zusätzliche Umschichtung von nuklearer zu nichtnuklearer Forschung (0,5 Mrd. DM)
- Maßnahmen zur Förderung des Wohnungs- und Städtebaus
    - Zusätzliche Ausgaben für Ersatzwohnungsbau, Modernisierung von Wohnungen sowie Stadtsanierung und Wohnumfeldverbesserung (1 Mrd. DM)
    - Zusätzliche 100 000 soziale Mietwohnungen in Ballungsgebieten mit entsprechendem Zuwachs an Arbeitsplätzen in Höhe von ca. 200 000 (12 Mrd. DM)
    - Zusätzliche Ausgaben für die Modernisierung der ca. 7-8 Mio. modernisierungsbedürftigen Wohnungen durch direkte Förderung (1 Mrd. DM)
  - Verbesserung der Verkehrsverhältnisse
    - Aufstockung der Leistungen des Bundes an die Bahn zur Verbesserung des Verkehrsangebots (1,6 Mrd. DM)



- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, zusätzliche Ausgaben für den Lärmschutz und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sowie Ausbau der Radwege (1 Mrd. DM)
- Maßnahmen für die Erhaltung und Wiederherstellung der Umweltbedingungen
  - Bedarfsgerechter Ausbau und Erneuerung der Entsorgungssysteme wie etwa Sammelkanalisation, Kläranlagen, Abfallbeseitigung (1 Mrd. DM)
  - Verstärkte Fortführung der „wasserwirtschaftlichen Zukunftsvorsorge“ im Bereich der Sanierung von Flüssen, Gewässern sowie zur Sicherung der Trinkwasserversorgung (1,5 Mrd. DM)
- Schaffung zusätzlicher Berufsausbildungsplätze
  - Zum schnelleren Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels müssen 100 000 zusätzliche Ausbildungsplätze in über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten geschaffen werden. Mittelfristig ist die Finanzierung über eine gesetzliche Arbeitgeber-Umlage, die einen mitbestimmten Fonds speist, zu sichern. Als Sofortmaßnahme sind mit relativ geringem Mittelaufwand die vorhandenen räumlichen und sachlichen Kapazitäten berufsbildender Schulen zur Ausweitung vollqualifizierender, vollzeitschulischer Ausbildungsplätze zu erweitern.
- Zusätzliche Plan- und ABM-Stellen im öffentlichen Dienst
  - Einrichtung von 40 000 Stellen im Bereich des öffentlichen Dienstes für Pflege-, Beratungs- und Ausbildungsberufe sowie bei den Arbeits- und Finanzämtern (2 Mrd. DM)
  - Erhebliche Aufstockung der Finanzmittel für zusätzliche Stellen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Der Schwerpunkt der AB-Maßnahmen muss in gesellschaftlichen Mangelbereichen liegen, die beschäftigten Arbeitnehmer müssen den normalen tarifvertraglichen Bedingungen unterliegen und zusätzlich muss sichergestellt werden, dass kein gleichzeitiger Abbau von Planstellen in den Kernhaushalten erfolgt (2 Mrd. DM).

Zur Arbeitszeitverkürzung werden die Prioritäten bei der Wochenarbeitszeit gesetzt, andere Formen wie früherer Ruhestand, Bildungsurlaub aber als ebenfalls wichtig und notwendig erachtet.

Nach: Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“: Memorandum '83: Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung – Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Bremen, im März 1983

